

BULLETIN N°005 - 8. Dezember 2008



Seit 6. Dezember suchen gewalttätige Unruhen ganz Griechenland heim. Vor allem Studierende und Schüler liefern sich Gefechte mit der Polizei, legen Feuer, blockieren Straßen, verwüsten die Innenstädte und besetzen öffentliche Gebäude. Nachdem ein minderjähriger Anarchist von einem Polizisten erschossen wurde, nahm die Gewalt in der letzten Woche weiter zu; nach Schließung der Schulen und Universitäten über Neujahr könnte der Aufstand allerdings abebben.

Grund der jugendlichen Unrast, die von landesweiten Arbeiterprotesten und Generalstreiks begleitet ist und vielerorts auch friedlich vonstatten ging, entspringt nicht ohne Grund den Universitäten. Außer der höchsten Jugendarbeitslosigkeit ist auch die höchste Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen Ursache jahrelang aufgestauten Frusts. „Diese Proteste sind unsere Antwort an eine Regierung, die uns immer die Tür vor der Nase zuschlägt“, sagte der Student Jannis Japitsakis gegenüber Reuters.

Die betrogene Jugend Griechenlands reagiert so, weil sie nicht anders kann. Ihr Protest richtet sich gegen die Lügen der Regierung und gegen den Bruch des Generationenvertrags von seiten der Älteren. Es bedarf keiner Prognosen der Nachahmung, doch steht Griechenland in Europa damit nicht allein.

EUROPÄISIERTE BERUFSBILDUNG

Fortschritte bei der Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung haben die europäischen Bildungsminister bei ihrem Treffen in Bordeaux am 26. November konstatiert. In einem gemeinsamen Kommuniqué (1) formulierten sie ihre guten Vorsätze bis zum Jahr 2010: Stärkung der Verbindungen zwischen der Berufsausbildung und dem Arbeitsmarkt, Einführung des Europäischen Leistungspunktesystems für die Berufsbildung (ECVET) und Umsetzung des Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQARF). Als besonderen Erfolg des nun abgeschlossenen „Kopenhagen-Prozesses“ ab 2002 werteten die Minister die Verlagerung des Schwerpunkts auf Lernergebnisse (out-put oriented education, im Gegensatz zur traditionellen Orientierung an Studienort und -dauer). EU-Bildungskommissar Ján Figel' wünscht, „dass sich die berufliche Aus- und Weiterbildung in Europa zu einer weltweiten Qualitätsreferenz entwickelt.“ [961]



(1) [Bordeaux Communiqué](#), EU-Kommission, 26.11.08 (auf Französisch und Englisch)

KONZENTRATIONSPROZESS UNTER FLÄMISCHEN HOCHSCHULEN

Die Hochschulreform in Flandern bedroht zunehmend die Unabhängigkeit der Fachhochschulen (FH). Sie können mittelfristig keine kleinen Bachelorstudien mehr anbieten.

Seit 2003 läuft ein Reformprozess, bei dem alle FHs in Assoziationen mit den fünf großen flämischen Universitäten eingegliedert wurden. Zur weiteren „Optimierung und Rationalisierung der Hochschulbildung in Flandern“ wurden nun die Bachelorangebote an den FHs in Angriff genommen. Nach einem Vorschlag, den ein Expertenrat, die sog. „Commissie Soete“, für das Bildungsministerium erarbeitet hat, müssen nun bis Ende 2013 alle BAs mit weniger als 80 Studenten mit einem gleichartigen Studiengang einer anderen Hochschule fusionieren.

Kritisiert wurde in akademischen Kreisen der Verlust der Vielseitigkeit und Autonomie der FHs. Ebenso wenig wie die Studenten wurden die Fachhochschulen an der Gestaltung der Reform beteiligt. „Diese Operation hinter verschlossenen Türen“, sagt Gertie De Fraeye, die Vorsitzende des flämischen Studentenverbands VVS, „ist ganz und gar undemokratisch.“ (2) [1044]

Der „Soete Report“, 2.12.08 | (2) Pressemitteilung des VVS: „Toekomstig hoger onderwijslandschap weinig rationeel voor studenten“, Nov. 08 (auf Flämisch)

ERASMUSHOTEL IN GENT

Die Fachhochschule Gent plant ein Hotel für Erasmusstudenten und reagiert damit auf das Problem der Wohnungsnot vor allem unter ortsfremden, ausländischen Studierenden. In wenigen Jahren soll ein internationales Haus mit rund 120 „hochwertigen und bezahlbaren“ Zimmern bereit stehen, das zur Steigerung der internationalen Attraktivität des Studienstandorts und der Region beiträgt. Gent eifert damit seinem Brüsseler Vorbild nach, dort wurde 2006 das „Internationale Studentenhaus“ des unabhängigen Studentenwerks Quartier Latin fertiggestellt, in dem mehr als 150 Betten für Studierende und Professoren zu Verfügung stehen.

Die Zahl der Erasmusstudenten in Belgien hat sich seit 2003 verdoppelt und betrug 5.300 in 2007. [722]

DEUTSCHLAND: HOCHSCHULZUGANG OHNE ABITUR

Der Zugang zu deutschen Universitäten soll grundlegend reformiert werden. Einen entsprechenden Beschluss hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 18. November verabschiedet. (1) Damit reagieren die deutschen Hochschulleiter nicht zuletzt auf den diesjährigen EUROSTUDENT Report, in dem wie in vielen anderen Studien der letzten Zeit v. a. die Selektivität beim Zugang zur tertiären Bildung in Deutschland bemängelt wurde. Lediglich fünf Prozent der Studierwilligen ohne ein Abitur können sich bisher für den Hochschulzugang qualifizieren; in Schweden liegt der Anteil bei 36 Prozent. (2)

Mit der Neuregelung soll das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung ein Gegengewicht erhalten. Qualifikationen, die in der beruflichen Aus- und

Weiterbildung erlangt wurden, sollen gleichwertig berücksichtigt werden. Sogar über eine Quote für Studienbewerber ohne Abitur können die Unis entscheiden. [883]

(1) 4. Mitgliederversammlung der HRK, 18.11.2008 |

(2) EUROSTUDENT III 2005-2008: "Social and Economic Conditions of Student Life in Europe"

KOMMISSION LEGT BERICHT ZUR DEUTSCHEN EXZELLENZINITIATIVE VOR

Der Wissenschaftsrat und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) haben am 30. November ihren ersten Bericht zur Exzellenzinitiative vorgelegt. Der Bericht zeigt den Entwicklungsstand der 2006 begonnenen Exzellenzinitiative und liefert die Grundlagen zu ihrer Fortsetzung.

Die Initiative habe, so die Kommission, einen positiven Einfluß auf die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft genommen und zur Bildung forschungsfreundlicher Strukturen beigetragen, so einige seiner zentralen Aussagen. Mit ihren drei Förderlinien „Graduiertenschulen“, „Exzellenzcluster“ und „Zukunftskonzepte“ habe die Initiative eine positive Dynamik an den Hochschulen in Gang gebracht und zu einem neuen Außenbild Deutschlands als attraktivem Wissenschafts- und Forschungsstandort beigetragen. [811]

Zum Bericht der gemeinsamen Kommission: www.gwk-bonn.de

DIE SCHWALBE UND DER WISSENSDURST

Ein neuer Rekord jagt durch den Äther: 385.500 Erstsemester an deutschen Hochschulen, 7 % mehr als im Vorjahr! Die Gesamtzahl der Studierenden in Deutschland ist damit um 4 % auf über 2 Millionen gestiegen. Auch die Studienanfängerquote erreichte mit 39,3 % fast das Ziel, das die Regierung beim diesjährigen Bildungsgipfel anvisiert hatte. (1)

Ein positives Signal bedeuten diese Daten des Statistischen Bundesamtes in bezug auf Hessen, wo nach Abschaffung der Studiengebühren die Einschreibungen um 14 % in die Höhe geschneilt sind. (2) Doch sachte mit der Euphorie: Zum einen ist durch die doppelten Abiturjahrgänge dieses Sommers die Zahl der Studienberechtigten stark angestiegen, ohne dass mehr von ihnen an die Hochschulen geströmt wären. Mecklenburg-Vorpommern etwa hatte rund 4.700 Abiturienten mehr in diesem Jahr, aber nur 323 mehr Erstsemester. (3) Zum andern haben sich viele im Zuge des Umbaus der zentralen Studienplatzvergabe ZVS in diesem Semester an mehreren Unis gleichzeitig beworben, so dass, sagt Heiko Quast vom Hochschulforschungsinstitut HIS gegenüber ESNA, „das Wachstum möglicherweise überhaupt keins ist.“

Der neue Rekord der Studienanfängerzahlen verhält sich also zum Wissensdurst der kommenden Studierendengenerationen etwa so wie die Schwalbe zum Sommer. [1288]

(1) Studienanfänger 2008/09, Destatis, 01.12.08 | (2) Studienanfänger 2007/08, Destatis, 12.12.07 | (3) Mecklenburg-Vorpommern, BILDUNGSSPIEGEL, 30.11.08



Rauchschwalbe
(Foto: Udo Kirchhoff)

FRANZÖSISCHE FORSCHER GEGEN SPLITTUNG DER FORSCHUNGSZENTREN

Seit über einer Woche protestieren französische Forscher gegen die neuen Maßnahmen der Regierung im Bereich der Forschung und Wissenschaft. Sie sehen die Interdisziplinarität und die allgemeine Freiheit der Wissenschaft ernsthaft in Gefahr. (1)

Ihre Proteste wenden sich gegen die Strukturreform der beiden großen öffentlichen Forschungszentren CNRS und INSERM, die ab 2009 in einzelne Institute zergliedert und dem Bundesamt für Forschung (ANR) unterstellt werden sollen, und gegen das Vorhaben, mehr Forschungsprojekte durch Privatunternehmen finanzieren zu lassen. (2)

In 2009 wird ein massiver Stellenabbau erwartet. Schon jetzt hangeln sich Nachwuchsforscher von einem befristeten Forschungsprojekt zum nächsten, von Forschern mit Lehrauftrag werden immer höhere Leistungen erwartet, und das Wettbewerbsdenken wird von der Regierung angekurbelt. Der pensionierte Direktor von INSERM Claude Mawas sprach in Le Monde sogar von dem „sich ankündigenden Tod der französischen Forschung“. (3) [980]

(1) Isabelle This Saint-Jean, Vizepräsidentin von Sauvons la Recherche, im [Interview](#), 27.11.08 |

(2) [Blog](#) des internationalen Kollektivs „Unabhängiger Forscher“ (France) |

(3) Claude Mawas in [LE MONDE](#), 20.11.08 (auf Französisch)

GERINGE MOBILITÄT FRANZÖSISCHER STUDIERENDER

Der französischen Regierung liegt die Mobilität ihrer Studierenden am Herzen. Nach einer Anfang November für das Europa-Informationszentrum CIE durchgeführten Umfrage (1) sind zwei Drittel der 15- bis 24-jährigen Franzosen gern bereit, ins Ausland zu gehen, schrecken jedoch vor den Schwierigkeiten zurück. 53 % der 802 Befragten gaben als größtes Hindernis die Kosten an, 19 % die Sprachbarriere, 10 % nannten die Probleme bei der Leistungsanerkennung an ihrer Universität. Das Erasmusprogramm ist 68 % der Befragten, bekannt, aber nur 7 % von ihnen haben bisher daran teilgenommen. Von allen Studierenden haben bisher nur 2 % einen Auslandsaufenthalt mit Erasmus realisiert. Bildungsministerin Valérie Pécresse wünscht im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft, dass „Mobilität die Regel wird und nicht die Ausnahme bleibt“. (2) [832]

(1) Die Umfrageergebnisse auf [LETUDIANT.FR](#), 20.11.08 |

[Communiqué](#) von Valérie Pécresse, 21.11.08 (auf Französisch)

BAUFÄLLIGE UNIS IN GRIECHENLAND

Viele griechische Hochschulen befinden sich in einem besorgniserregenden baulichen Zustand, und dauernd müssen fehlende Räume für den Lehrbetrieb herbei improvisiert werden. So hat etwa die Aegean University Rhodos nach einem Erdbeben das Hotel Kameiros bezogen und dieses zum Lehr- und Verwaltungsgebäude ausgebaut. Auch dieses Semester konnten sich rund 600 Erstsemester in Rhodos einschreiben, obschon das Hotel bestenfalls als Bürokomplex, nicht aber für den Lehrbetrieb geeignet ist. Auch die Fakultät für Kommunikation und Massenmedien in Athen sieht sich – und das seit ihrer Gründung 1991 – vor ähnlichen Problemen. Trotz zahlreicher Proteste der Studierenden werden auch weiterhin 150 Neuzugänge pro Semester angenommen, die gezwungen sind, zu ihren Lehrveranstaltungen lange Wege in entlegene Stadtbezirke zurückzulegen. [830]

BRITISCHE HOCHSCHULEN SOLLEN DIE WIRTSCHAFT UNTERSTÜTZEN

Steve Egan, Geschäftsführer des Hochschulförderrats HEFCE, hat die britischen Hochschulen gebeten, in den nächsten zwei Jahren 250 Mio. Pfund aus ihren Kapitalerträgen zur Anregung der Wirtschaftstätigkeit bereitzustellen. In einem Brief unterstrich er, dass aufgrund der Finanzkrise keine staatlichen Gelder für die Hochschulen zur Verfügung stünden. „Es geht darum, den Investitionsaufwand selber zu schultern“, sagte er. Der britische Kanzler Alistair Darling hatte am 24. November in seinem Vorabbericht über die Haushaltslage Maßnahmen zur Bekämpfung des ökonomischen Abwärtstrends von allen Beteiligten gefordert. Ein 3 Milliarden Pfund großes Loch ist zu stopfen, das die Investmentpolitik der Regierung in den Staatshaushalt gerissen hat. In ruhigeren Zeiten wäre der HEFCE verantwortlich, Abgaben von privaten Firmen und Geldgebern für das akademische Jahr 2008/2009, rund 7,4 Milliarden Pfund, zu sammeln – doch dieser Auftrag stammt aus dem Monat März, lange bevor England die Finanzkrise erlitt. [1009]



Der Bericht des [HEFCE](#) (auf Englisch)

BRITISCHE HOCHSCHULRENTEN VERZOCKT

Nach Einschätzung des Times Higher Education Supplement haben Kreditverknappung und Kursschwankungen im November die Altersvorsorgeprogramme der britischen Hochschulen grundlegend geschwächt. Der Pension Protection Fund (PPF), der gegenüber den Angestellten für fehlende Gelder aufkommt, bezifferte die Verluste des Jahres 2008 auf 122 Milliarden Pfund.

Allein die zweitgrößten Pensionskasse des Landes USS, von deren Kapital drei Viertel in riskanten Equity-Fonds angelegt sind, hat nach Schätzung von Michael Bourn, der für die Finanzdirektoren der Hochschulen den diesjährigen Pensionsbericht erstellt, seit April d. J. acht Milliarden Pfund verloren. Die britischen Hochschulmitarbeiter müssen nun damit rechnen, dass ihre Renten gesenkt und ihre Beiträge erhöht werden. [774]

ITALIENISCHE HOCHSCHULREFORM GEGEN DIE „BARONE“

Der Umschwung an italienischen Hochschulen soll per Gesetzesdekret erfolgen. Der Senat billigte Ende November die neuen Normen der Bildungsministerin Gelmini, die den sog. „Baronen“ des italienischen Hochschulsystems den Geldhahn abzdrehen. Das Dekret verbietet Neueinstellungen bei Unis, die bereits in den roten Zahlen stecken. Hochschulen mit ordentlicher Bilanz können sich an öffentlichen Ausschreibungen für zusätzliche Finanzmittel beteiligen; dazu müssen sie finanzielle Transparenz herstellen und ein öffentliches Register über die Verwendung der empfangenen Mittel führen. Eine weitere Maßnahme des Feldzugs gegen das „Feudalsystem“ professoraler Beziehungsnetze ist ein Dozenten- und Forscherregister, in das aktiv Forschende eingetragen werden. Diejenigen, die innerhalb von drei Jahren nichts veröffentlichen, werden von zukünftigen internationalen Forschungsprojekten ausgeschlossen. [898]



Maria Stella Gelmini, geb. 1973, seit 2006 italienische Ministerin für Bildung, Universitäten und Forschung

Download der [Leitlinien der Regierung für die Universität](#), 10.11.08 (auf Italienisch)

RENTENERSTATTUNG FÜR ITALIENISCHE STUDIERENDE

Italiens Hochschulabsolventen fangen im Vergleich zu ihren europäischen Kommilitonen spät an zu arbeiten. Da sie ihr Studium mit ca. 26 Jahren abschließen, können sie sich nur schwer eine anständige Rente sichern, zumal es sich bei den ersten Arbeitserfahrungen um befristete Verträge handelt. (1) Die Jahre, die sie im Hochschuldschungel überlebt haben, sollen aber nicht umsonst sein. Die Reform des Sozialabgabengesetzes ermöglicht seit 2007, nach dem Abschluss die Studienjahre gegen Bares einzulösen. Dazu müssen die Absolventen, um einen Rentenanspruch zu erwerben, für die Dauer einer Regelstudienzeit die Sozialabgaben mit monatlicher Ratenzahlung zehn Jahren lang ohne Zinsen einzahlen.

Die frühere Zukunftspanik ist einer rasch steigenden Nachfrage gewichen: nach jüngsten Zahlen registriert die italienische Rentenversicherung heute sechsmal mehr Anfragen als vor einem Jahr. (2) [886]

(1) Download der Statistik ALMALAUREA „[Charakteristiken und Performance der Absolventen 2007](#)“, 29.05.08 | (2) Rentenberechnung von [CORRIERE ECONOMIA](#), 26.11.08 (auf Italienisch)

RÖMISCHER REKTOR OHNE BLATT VORM MUND

Während der Eröffnungszeremonie zum neuen akademischen Jahr der Universität La Sapienza in Rom drang eine Gruppe von Studenten der Protestbewegung „L'Onda“ in die Aula ein. Dort, wo der Rektor Luigi Frati gerade seine Rede beendet hatte, hissten sie ein Transparent gegen die Kürzungen in der Bildung. Einer der Demonstranten bestieg das Podium und erklärte: „Der Rektor hätte auf die Hochschulreform mit einer Schließung der Uni reagieren müssen.“ Frati bezeichnete das Verhalten der Studenten als „nicht demokratisch“ und verließ den Saal. Dem Corriere della Sera zufolge sagte er draußen zu Kollegen, die Studenten seien nur Faschisten und die Schnösel, die sich in der Uni alternativ kleiden aber im Smart durch Rom düsen, seien bei weitem nicht so links wie er. Er sagte auch, er tue seine Pflicht, den Haushalt der Sapienza zu sanieren, darum solle der Finanzminister Tremonti anderswo kürzen und ihm „nicht auf den Sack gehen!“ [934]

ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHULEN VERLIEREN IN 2009

Nach dem Regierungsprogramm der neuen österreichischen Regierung (1) sollen die Ausgaben für den tertiären Bildungssektor nominell auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts steigen.

Doch das Programm enthält keine Zahlungstermine. Der Präsident der Universitätenkonferenz Christoph Badelt kritisiert, dass das Wissenschaftsministerium zwar einen „moderaten Zuwachs“ von „100 bis 300 Mio. Euro pro Jahr über die gesamte Legislaturperiode“ angekündigt habe, diese scheinbare Erhöhung aber angesichts der hohen Inflation tatsächlich „einen Verlust für das Realbudget der Hochschulen“ bedeute. (2)

Jetzt drohen Personaleinsparungen, und der Ausbau der Studienplatzkapazitäten in überlaufenen Fächern wird aufgeschoben. Die Stunde der Wahrheit ist nah: Bis 31. Dezember müssen das Budget 2009 und der Budgetrahmen für 2010-2012 als Basis für die Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen festgelegt werden. [887]

(1) [Regierungsprogramm](#), 2.12.08 | (2) Christoph Badelt, [uniko](#), 24.11.08

ÖSTERREICH RECHTFERTIGT QUOTEN FÜR MEDIZINER

Ein erster Monitoringbericht des österreichischen Wissenschaftsministeriums rechtfertigt die Quotenregelung für Medizinstudenten vor der EU-Kommission. Die Quote reserviert 75 Prozent der Studienplätze in human- und zahnmedizinischen Fächern für Österreicher, Studienbewerber aus anderen Ländern können trotz bestandem Eignungstest nur auf die verbleibenden Plätze zurückgreifen. Die Alpenrepublik rechtfertigt die dem EU-Verbot zum Trotz im Jahr 2006 eingeführte Regelung vor allem mit dem großen Ansturm deutscher Medizinstudenten, die nach dem Studium nicht in Österreich bleiben und in der Folge einen Engpass in der heimischen Ärzteversorgung hinterlassen. Bis 2012 muss Österreich der EU nun jährlich einen Folgebericht vorlegen, erst dann wird über die brisante Uni-Causa endgültig entschieden. [803]

HOHE STEIGERUNG DES POLNISCHEN WISSENSCHAFTSETATS

Polen erhöht seinen Etat im Wissenschaftssektor mehr als jedes andere Land der EU.

Dazu wurde am 2. Dezember auf einer Regierungssitzung in Warschau ein vom Wissenschaftsministerium vorgelegtes Reformpaket beschlossen. Das Paket „Wir bauen auf die Bildung – Reform der Wissenschaft zur Entwicklung Polens“ umfasst fünf Gesetze. Diese bestimmen 1. die Grundsätze zur Finanzierung der Forschung, 2. die Arbeit der Polnischen Akademie der Wissenschaften, 3. die Rolle von Forschungseinrichtungen, 4. die Aufgaben des Nationalen Zentrums für Forschung und Entwicklung und 5. die künftige Arbeit des Nationalen Wissenschaftszentrums.

Die Reform hat für die Regierung „höchste Priorität“, es werden allein im Jahr 2009 umgerechnet 1.454.000 Euro bereitgestellt, also rund 30 Prozent mehr als im Vorjahr. [797]

Das Gesetzespaket der polnischen Regierung „Wir bauen auf die Bildung“, 2.12.08 (auf Polnisch)

NATIONALE WISSENSCHAFTSZENTREN IN POLEN

Die polnische Wissenschaftsministerin Barbara Kudrycka hat die Schaffung eines neuen Nationalen Wissenschaftszentrums (NCN) bekannt gegeben. (1) Die unabhängige Institution soll die Vergabe öffentlicher Mittel für alle Bereiche der Forschung steuern. In Wettbewerben nach dem System des peer review sollen Kommissionen von Fachwissenschaftlern Forschungsanträge begutachten und über deren Förderung bestimmen. Den strategischen Ort der Synergie von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft wird indessen das mit neuen Kompetenzen ausgestattete Nationale Zentrum für Forschung und Entwicklung (NCBiR) bilden. Die beiden Institutionen sollen bis 2015 ca. 50 % des für die Wissenschaft bereitstehenden Budgets verteilen. Das Modell unabhängiger Finanzierungsinstanzen folgt bewährten EU-Standards, wie sie im Europäischen Forschungsrat (ERC) oder im Europäischen Institut für Innovation und Technologie (EIT) zur Anwendung kommen. [920]

(1) Kommuniqué der Bildungsministerin, [GAZETA](#), 27.11.08 (auf Polnisch)

NEUER FÖRDERPREIS DER POLNISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Auf Initiative der polnischen Botschaft in Berlin und des Zentrums für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) findet am 16. Dezember die erste Verleihung eines mit 2.000 Euro dotierten Förderpreises statt. Er wird für innovative Abschlussarbeiten und Dissertationen aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften verliehen, die besondere Beiträge zur polnischen Geschichte und den deutsch-polnischen Beziehungen bieten. Der Preis dient der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und des bilateralen Dialogs. An der Verleihungszeremonie werden neben dem polnischen Botschafter in Berlin Dr. Marek Prawda die ehemalige Bundestagspräsidentin und derzeitige Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (DPWS) Prof. Dr. Rita Süßmuth teilnehmen. [798]

MEHR MACHT FÜR GENFER REKTORAT

Der Kanton Genf gibt seiner Universität mehr Autonomie. Das am 30. November per Volksentscheid bestätigte Universitätsgesetz (1) schränkt den staatlichen Einfluss ein und vergrößert insbesondere die Befugnisse des Rektors bei Finanz- und Personalentscheidungen. Während das Rektorat bisher ein einfaches Exekutivorgan an der Seite des Hochschulrats war, ist er nun ein autonomes Führungsgremium über einer repräsentativen Assemblée Universitaire. Obwohl die neue Autonomie der Universität Genf die „Exzellenz der Institution entwickeln und Chancengleichheit und Demokratisierung des Studiums fördern“ soll, fürchten Mitarbeiter und Studierende genau das Gegenteil: Prekarisierung der Beschäftigten und höhere Studiengebühren, ohne demokratische Einflussmöglichkeiten. Ein von der Studentenassoziation CUAE und Gewerkschaften ins Leben gerufenes Referendum „gegen die schleichende Privatisierung“ der Hochschulen scheiterte allerdings im August an der 10.000-Stimmen-Hürde. (2) [972]

(1) Kanton Genf: [Gesetzesverkündung](#), 30.11.08 (auf Französisch) |

(2) Beitrag zum Referendum, [STANDARD](#), 05.08.08



Hauptgebäude und Rektorat der Universität Genf (Photos: Univ. Genf/Roland Zumbühl)